

# Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes  
christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Redaktion: A. Heutmann in Düsseldorf 51,  
Corneliusstr. 66. Berichte, keine Beiträge u. sind  
zunächst an den betr. Bezirksvorsitzenden einzusenden.  
Sämtliche Beiträge müssen bis Montags abends bei  
A der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein. A

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden  
Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post  
bezogen 3.— M. Expedition und Druck von  
Joh. van Nden in Krefeld, Rath. Kirchstr. 65.  
1908/09 Fernsprech-Nr. 1358. ~~XXXXXXXXXX~~

Nr. 52. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 24. Dezember 1908. Fernsprech-Nummer 4423. 10. Jahrgang.

## Erinnerungen.

„Ein jeder lehre vor seiner Tür.“  
(Altes Sprichwort.)

Hut! das ist den „Genossen“ eine Luft, die dreimal verdammt christlichen Gewerkschaften durch den Not zu schleifen. Jede Unterstützung in diesem „ebten Befreien“ ist ihnen willkommen. In der Streikbewegung Schreihelm-Dillingen waren es sogar scharfmacherische Unternehmer und Behörden, von denen sich die „Genossen“ den Klappen fädeln ließen, um eine Klatsche gegen unseren Verband und die streikenden christlichen Arbeiter zu reiten. Ein nettes Trio: Unternehmer, Behörden und Sozialdemokraten! Diese Dreieinigkeit arbeitete miteinander und für einander, mit Unwahrheiten und Entstellungen. Der christliche Textilarbeiterverband habe die „Arbeiter verkauft und verraten“, seine „Ehre preisgegeben“, sich „ein Denkmal der Schande“ errichtet. So schrieb die sozialdemokratische Presse, so schrieben mit vollen Waden die kleinen und großen Agitatoren der sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaften in den Versammlungen. Und wenn das Sprüchlein ausgeplappert war, dann sorgte die Direktion der Bindfadenfabrik durch unwahre und entstellte Berichte in der Presse für Verlangung des Textes. Und was Direktor und „Genossen“ in gegenseitiger Unterstützung sagten und schrieben, das wurde durch das Amtsblatt für verschiedene königliche Behörden in Dillingen durch Extrablätter der weiteren Öffentlichkeit vermittelt. Diese Extrablätter, für die die „Genossen“ die Artikel lieferten, bezahlte der Fabrikdirektor. Ein Schandspiel, wie es in der Arbeiterbewegung wohl noch nicht gegeben wurde.

In Nr. 50 der „Textilarbeiter-Zeitung“ ist der wahre Gehweg der Dinge bereits festgestellt. Unser Verband steht maßlos da; sein Schild ist rein, wie er es immer war und immer sein wird. In einer Versammlung in Dillingen — seitens der Arbeiter dem christlichen Textilarbeiterverbande volles Vertrauen ausgesprochen worden. In derselben Versammlung wurde unter Anwesenheit des sozialdemokratischen Gauleiters Brügge mann konstatiert, daß die Ortsgruppe Dillingen des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes zu Beginn des Streiks 36 Mitglieder zählte, die sämtlich Streikbrecher spielten. Das hat die sozialdemokratische Presse ihren Lesern nicht mitgeteilt, als sie mit Unwahrheiten über unsern Verband herfiel. Die Verschwiegenheit der roten Presse über diese Tatsache ist zweifellos auf ihre sonderbare Vergeßlichkeit zurückzuführen. Wir möchten darum ihr Gedächtnis etwas auffrischen. Wollen Erinnerungen wachsen zur Verheerung des Grundrisses: Ein jeder lehre vor seiner Tür, besonders dann, wenn der Schmutz haufenweise auf-Kaputt liegt. Die sozialdemokratische Presse spielt so gern die Rolle jenes Pharisäers, der den Spitzer in anderer, aber nicht den Walfen in eigenen Augen sieht. Als Anklägerin macht die „Genossen“-Presse immer eine ganz komische Figur, und es wäre ihr wahrhaftig in ihrem eigenen Interesse die Erkennung jener Wahrheit zu gönnen, die als der Weisheit klügste Tugend unter Umständen das Schweigen nennt und darum ein Sprüchlein zur Beherzigung empfiehlt, das da lautet: „Daß du dir die Zunge nicht verbrinnst.“

Sieht man dieselbe Zeit, als das sonderbare Trio in Schreihelm-Dillingen die Kanonade gegen unsern Verband eröffnete, mußte sich der „deutsche“ Textilarbeiterverband das letzte Siegel unter einer Niederlage setzen lassen, wie sie einer Gewerkschaft wohl noch selten geschlagen wurde. Die Wirkwaren-Unternehmer im Erzgebirge nahmen kürzlich eine Lohnreduzierung von 15 Prozent vor, und sie konnten sich dabei stützen auf Abmachungen, die der „niegekrönte“ „deutsche“ Textilarbeiterverband mit ihnen getroffen hatte. Das ist innerhalb eines Jahres die zweite Reduzierung der ohnehin ganz erbärmlichen Löhne der erzgebirgischen Strumpfwirker. Dezember vergangenen Jahres wurden den armen Leuten in Cornsdorf 3—6 Mark pro Woche abgezogen. Der „deutsche“ Textilarbeiterverband wehrte sich in einem längeren Streik; als aber die Unternehmer zu größeren Ausperrungen übergingen, schloß der Verband Mitte dieses Jahres „Friede“ unter folgenden, geradezu standalösen Bedingungen:

1. Die Cornsdorfer Arbeiter erkennen den regulierten Lohnsatz an.  
Eine Lohnreduktion findet in der Strumpfwirkerlei des Erzgebirges jetzt nicht statt.  
Nach Verlauf eines Vierteljahres wird erneut von den Gruppenvorsitzenden des Arbeiterverbandes mit dem Verbandsvorstand geprüft, ob Fortzahlung der alten Löhne möglich ist. Im Falle, daß eine Reduktion von dem Verbandsvorstand und den Gruppenvorsitzenden für notwendig erachtet wird, werden sich die Arbeiter damit einverstanden erklären.
2. Die Arbeiter erkennen die jetzigen Löhne für längere Zeit als Maximalhöhe an.
3. Austritt aus der Gewerkschaft wird seitens der Arbeitgeber nicht gefordert. Solange noch Streikposten stehen, werden nur nichtorganisierte Arbeiter wieder eingestellt.
4. Die Arbeitgeber nehmen zwölf Arbeiter auf, wofür die Geschäftslage ersprechend brauchen können. Es wird versprochen, daß man nach und nach die alten Arbeiter nach Bedarf wieder aufnehmen wird.
5. Die Bewegung muß im ganzen Gebirge einheitlich beendet werden.

Diese völlige Niederlage suchte der „Textilarbeiter“, das Organ des roten Verbandes, mit allerlei schön klingenden Phrasen als einen Sieg zu humpeln. In Nr. 35 der genannten Zeitung heißt es über den Ausgang des Kampfes, die Arbeiterkraft sei „nicht nur unbesiegt, sondern tatsächlich moralisch wie materiell als teilweiser Sieger“ aus dem Kampfe hervorgegangen. Tatsache ist dagegen, daß der regulierte Cornsdorfer Tarif eine bedeutende Lohnreduzierung vorsieht; Tatsache ist, daß die Unternehmer nach der Bewegung die Arbeiter aus der Organisation zu ziehen versuchten, was ihnen auch teilweise gelang; Tatsache ist, daß jetzt die Unternehmer eine 15-prozentige Reduzierung der Löhne vornahmen unter Berufung auf die bereits zitierten Abmachungen; Tatsache ist, daß heute noch viele Arbeiter im Erzgebirge auf der Straße liegen; Tatsache ist ferner, daß durch die Vergleichsabmachung, die Arbeiter erkennen die jetzigen Löhne für längere Zeit als Maximalhöhe an, den Arbeitern für längere Zeit die Gelegenheit genommen wurde, eine Aufbesserung der erbärmlichen Lohnverhältnisse zu erwirken. Und bei einer so elatanten Niederlage schreibt das Organ des „deutschen“ Verbandes von „unbesiegt“, von „moralisch und materiell teilweiser Sieger“. Wahrhaftig, eine treffliche Illustration zu sozialdemokratischen „Siegen“.

Auch an die große Krefelder Ausperrung wird die Zeitung des „deutschen“ Verbandes mit wenig Wohlbehagen zurückdenken. Der Verlauf der großen Krefelder Ausperrung Dezember 1907 ist unseren Mitgliedern bekannt. Wir brauchen darum den Gergang nicht noch einmal zu schildern, um das schmerzliche, uneheliche Gebahren der Krefelder Zeitung des roten Verbandes zu zeichnen. Unsere Mitglieder wissen auch, daß die Zeitung des roten Verbandes damals den ausgesperrten Mitgliedern jede Unterstützung verweigerte. Die Krefelder sozialdemokratische Zeitung schrieb damals über den Zentralvorsitzenden des „freien“ Verbandes Hübsch, daß dieser durch sein Auftreten in der Krefelder Bewegung eine „unvergleichliche Dummheit“ begangen habe. Man sollte meinen, daß angesichts dieser Tatsache die „Genossen“ nicht mehr die Dreistigkeit besäßen, über christliche Gewerkschaftsbeamte zu Gericht zu sitzen. Aber Bescheidenheit ist ja stets bei diesen Leuten eine unbekante Tugend gewesen.

Wir könnten einen ganzen Kranz flechten von ähnlichen „Erfolgen“ und ihn den „unerschrockenen“ Helfern für Wahrheit, Recht und Menschenwürde“ auf die „niegekrönte“ Stirne drücken. Vielleicht würden dann die „Genossen“ wieder die „Wiktoria-Sänge“ ihrer eigenen Anhänger dröhnen hören. Wie jubelte es in den Reihen der Mitglieder des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes seiner Zeit in Göttingen, in Forst, in Mühlhausen i. E. usw.

Einer Bewegung wollen wir noch besonders gedenken. Als das Prählen mit den Gelbblättern in der Bewegung in Sachsen-Häringen 1905 sich als eitel Humbug erwies, als es gegenüber den kämpfenden Arbeitern hieß, „wir haben nichts“, da — riefen die Mitglieder des roten Verbandes Zweige von den Bäumen und freuten sie ihren Führern auf den Weg. — Die sozialdemokratische „Reußische Volkszeitung“ stimmte in der Nummer vom 1. Dezember 1905 ihre Leier auf folgendes „Gloria“:

„Die Textilarbeiter haben eine Niederlage erlitten, wie wir hier noch keine zu verzeichnen hatten. ... Was aber die Niederlage bei dieser Bewegung besonders schwer macht, das ist der Umstand, daß die Arbeiter mit gebrochenem Mut, mit Hoffnungslosigkeit in die Fabriken zurückkehrten und daß sie das Vertrauen zu ihrer Verbandslitung verloren haben, wodurch gleichzeitig das Vertrauen zur Organisation überhaupt erschüttert wird.“

Was aber als größter Fehler anzurechnen ist, das ist die Unwahrheitshaftigkeit, mit der man die Arbeiterkraft behandelt hat, inwiefern, als man sie in den Glanz versetzt und diesen Glanz auch in der letzten Stunde noch nicht zertrübt hat, daß die gesamte deutsche Arbeiterkraft hinter den kämpfenden steht. Und noch dazu, trotzdem man an maßgebender Stelle ganz genau wußte, daß der Kampf abgebrochen werden mußte, weil diese Unterstützung absolut nicht gesichert war. Im Vertrauen auf diese Unterstützung haben die Arbeiter den Kampf aufgenommen, und im Vertrauen darauf (auf die Versprechungen ihrer Führer) hätten die armen Textilarbeiter noch wochenlang gehungert.“

In diesem Vertrauen hat die fleißige Arbeiterkraft eine furchtbare Enttäuschung erlitten, sie, die immer gefestigt war, wenn es galt, große Kämpfe zu unternehmen — und jetzt dieses Jammerlassen!

Für die Handlungsweise der Verbandslitung sind die schmerzlichen Vorwürfe berechtigt, und es wird dem umgebungslosen Zusammenarbeiten aller einflussreichen und einflussigen Elemente der hiesigen Arbeiterbewegung bedürfen, um die Fehler wieder gut zu machen.

Alles das hat die sozialdemokratische Presse vergessen, weshalb wir die Erinnerung etwas ausführlicher zu müssen glauben. Und wenn die Agenten der „freien“ Gewerkschaften in den Versammlungen die Augen von Schreihelm-Dillingen an den Mann zu bringen versuchen, dann werden unsere Mitglieder schon dafür sorgen, daß den Wächter-erzählern der Atem ausgeht. Sind es doch liebliche Bilder, die ihnen dann aufsteigen werden. Bilder, für die die sozialdemokratische Presse kürzlich eine nette Bezeichnung gefunden hat:

Denkmäler der Schande.

## Die Doppeltaktbewegung in M.-Gladbach und die Fälschungen im „Textilarbeiter“.

„Der Textilarbeiter“, Organ des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, beschäftigt sich in Nr. 50 in einem nicht weniger als annähernd sechs Spalten langen Artikel mit der Doppeltaktbewegung in M.-Gladbach. Es ist unmöglich, den Hattenkönig von Entstellungen und Verdrehungen ganz zu berücksichtigen. Gegen Männer, denen die Wahrsamkeit ein Buch mit sieben Siegeln zu sein scheint, daran einziger Grund daß die Grundlosigkeit ist und auf denen das Schlagwort paßt: „Sie sülgen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip“ mit solchen Männern ist eine sachliche Polemik einfach ausgeschlossen.

Der Artikel ist der Ausdruck der Verlegenheit und Verärgerung darüber, daß der „freie“ Verband in der Bewegung bei der Firma Richter u. Ebel nicht auf seine Rechnung kam. In dieser Stimmung hat der Stribisag im „Textilarbeiter“ zu Waffen seine Zuflucht genommen, die unter aufständigen Menschen verpönt sind. Wenn der „deutsche“ Textilarbeiterverband mit Verlogenheiten und Verdrehungen einen sachlichen Gegenstand auszutragen meint, gut —. Auf solche Art großgezogene Mitglieder werden noch zur herrlichen Freude der Verbandsleitung werden, wie sie es ja heute bereits mehrfach waren. Wer Wind sät, wird Sturm ernten.

Wir hatten gegen den Beamten des sozialdemokratischen Verbandes den Vorwurf erhoben, daß er uns zu einer Fälschung gebrauchen wollte. Diesen Vorwurf hat man ruhig eingestekt. Wenn der sozialdemokratische Lokalbeamte Pfaff in Nr. 48 seines Leitblattes schreibt, daß er zwei Tage gebraucht habe, um gemeinsam mit dem Gauleiter den Abmachungen die richtige Fassung zu geben, so ist wohl die Frage erlaubt: „Was wußte der Gauleiter von den Verhandlungen?“ Dieser hat an den Verhandlungen gar nicht teilgenommen, konnte darum auch in diesem Falle gar nicht mitreden. Daß unter solchen Umständen die Tatsachen auf den Kopf gestellt werden, ist gar nicht verwunderlich. Andererseits belumdet Herr Pfaff aber auch, wie unselbständig er ist. Er hätte nun doch wissen müssen, daß gar keine Wünsche, sondern lediglich das Ergebnis der Verhandlungen zu formulieren war. Hierbei hat man sich aber an den Tatsachen zu halten. Diese Unwissenheit scheint sonderbarer Weise weder dem Lokalbeamten noch dem Gauleiter Reines in den Sinn gekommen zu sein bei Abfassung ihres Schreibens.

Es heißt in dem Lügenartikel des „Textilarbeiter“ u. a.:

„In Position e wird gesagt, daß, wenn ein Weber vom Doppeltakt nur an einem Stuhl beschäftigt werden kann, ihm für diese Zeit, soweit sie drei halbe Tage in zwei Wochen überschreitet, der volle Lohn angerechnet werden müsse. Hiergegen hatten unsere Kollegen beantragt: Falls ein Doppeltaktweber zeitweise nur an einem Stuhl beschäftigt werden kann, tritt von dem Zeitpunkt an der volle Lohn in Anrechnung, wo ein einmaliges Warten innerhalb zwei Wochen die Dauer eines Arbeitstages überschreitet, aber die Wartezeiten mehr als zweimal mindestens einen halben Tag dauern.“

Diese letztere Bestimmung, die Zahlung des Lohnes schon nach zwei halben Tagen eintreten zu lassen, hatte auch bereits die Bereitwilligkeit des Fabrikanten geäußert, als vor Abschluß des Entwurfs, im Bes�en unseres Kollegen Pfaff, verhandelt wurde. Um so erstaunlicher ist es, daß der christliche Entwurf eine direkte Verschlechterung einführt, indem er erst nach drei halben Tagen die Zahlung der Entschädigung vorseht.“

Diese Behauptung ist eine jener gemeinen Verleumdungen, die dem ganzen Geschreibsel Inhalt und Tendenz geben. Die Angaben stehen mit dem Ergebnis der Verhandlungen in direktem Widerspruch. Auch kann die Bereitwilligkeit des Arbeitgeber, die Zahlung des vollen Lohnes schon nach zwei halben Tagen eintreten zu lassen, nur in der Phantasie des Artikelschreibers existieren. Wir wollen das Gedächtnis des sozialdemokratischen Lokalbeamten Pfaff ein wenig auffrischen und uns die Frage gestatten: „Welches Ausschmittglied ging am ersten auf die Vorschläge des Fabrikanten Richter ein?“ Ist dieses Ausschmittglied dem Herrn Pfaff nicht sehr gut bekannt und ihm sehr nahestehend? Dieses wollte Herr Pfaff wohl nicht im Gedächtnis behalten, sonst hätte er ja nicht so nett seine Mitglieder über die Bewegung anfallen können.

Im obigen Zitat anschließend wird über die Doppeltaktbewegung bei der Firma Karl Brandts ebenfalls — gesagt. Es werden Behauptungen aufgestellt, als sei der Firma Karl Brandts ein Entwurf vorgelegt worden, der schlechter als die von der Firma zugestellten Bedingungen enthielt. Es wird auf die Polemik des Kollegen Herms mit einem angeblichen Arbeiter im „Gladbacher Merkur“ verwiesen, von der wir in Nr. 43 der „Textilarbeiter-Zeitung“ Mitteilung gemacht haben. Wörtlich heißt es in dem Organ des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes: „In dem Entwurf, der die Firma Karl Brandts betraf, hieß es ...“ usw. Damit soll der Öffentlichkeit vorgegaukelt werden, der christliche Textilarbeiterverband habe in der gemeinen Frage die Interessen der Arbeiter vernachlässigt. Damit beweist der „Textilarbeiter“ aufs neue, daß er und seine Hintermänner imhande sind, die Wahrheit förmlich zu vergewaltigen.

## Warum veröffentlicht der „Textilarbeiter“ den Entwurf nicht? Sollte es dem „Allwissenden“ wirklich unbekannt sein, daß es einen speziell die Firma Brandts betreffenden Entwurf überhaupt gar nicht gibt?

So ist der ganze Artikel eine lange Kette von Unwahrheiten und Entstellungen, und man kann mit Zug und Recht von einer systematischen, bewußten Fälschung der Mitglieder des „deutschen“ Verbandes reden, um diese gegen die christliche Organisation aufzubringen. Eine solche Kampfesweise wirft ein bezeichnendes Licht auf das sittliche Empfinden jener Leute, die die Welt gefunden und die Arbeiter zu einer besseren Kultur führen wollen. Die ganz Arbeiterbewegung wird mit Schmutz beworfen durch solche schmierige Handlungsweise von „Arbeitervertretern“.

Wenn die Handlanger des „deutschen“ Verbandes meinen, mit solchen Mitteln die „Christlichen“ wirksam bekämpfen zu können, so lassen sie sich begraben lassen. Lügen haben kurze Beine, besonders dann, wenn sie von der dumm-dreisten Art des „deutschen“ „Textilarbeiters“ sind. Die „Heldentaten“ der Epigonen des roten Verbandes gleichen jenen des Händschens im Kaisertheater.

Zum Schluß geben wir dem „Textilarbeiter“ noch den Rat, seine Finger von Dingen zu lassen, die ihm nichts angehen und statt als Badschleier gegen den christlichen Textilarbeiterverband aufzutreten, lieber auf die Suche nach Mitteln zu gehen, wie den armen Arbeitern im Erzgebirge geholfen werden kann. Denn der „Allmächtige“ hat doch dabei mitgewirkt, daß die erbärmliche Lage dieser Proleten noch verschlechtert wurde. Oben weiß er, daß er darin gerade so erfolgreich arbeiten würde, als er es in der rüden Bekämpfung unseres Verbandes tut? Die Erkenntnis wäre auch schon was wert.

## Aus den Jahresberichten der Königlich Sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten für 1907.

II.

Im Aufsichtsbezirk Chemnitz mußte in einer Ziegelei, in der die Arbeiterinnen in zwei Abteilungen, die eine vor-, die andere nachmittags tätig war, des Beginn der Arbeit vor 5½ Uhr früh verboten werden. Ein Unternehmer ist vom Schöffengericht zu 50 M. Geldstrafe verurteilt worden, weil er Arbeiterinnen an den Vorabenden vor Sonn- und Feiertagen noch nach 5½ Uhr beschäftigt. Im Aufsichtsbezirk Annaberg hatte die Beamtin die Beschäftigung einer Arbeiterin bis zu 14 Stunden täglich zu beanstanden. Oft wird an Sonnabenden die Mittagspause gekürzt, um einen früheren Arbeitsschluß zu erzielen. In sieben Fällen einer unerlaubten Verlängerung der für die Arbeiterinnen vorgeschriebenen einstuündigen Mittagspause um je eine halbe Stunde mußte im Dresdener Aufsichtsbezirk eingeschritten werden. Im Aufsichtsbezirk Meißen wurde der Direktor einer Steinquarfabrik zu 150 M. Geldstrafe verurteilt, da 10 Lagerarbeiterinnen Sonnabends noch nach 5½ Uhr und unzulässigerweise auch Sonntags beschäftigt wurden. In 39 Steinbrüchen des Aufsichtsbezirks Wurzen war der Beschäftigung von 326 Arbeiterinnen bei der Rohaufbereitung von Steinen entgegengetreten. Ein Steinbruchbesitzer, der Arbeiterinnen mit Knadschlagen außerhalb des Bruches beschäftigt hatte, war freigesprochen. Die eingeleitete Verurteilung hatte den Erfolg, daß das Urteil des Schöffengerichts aufgehoben und der Angeklagte mit 20 M. Geldstrafe oder zwei Tage Haft bestraft, auch zur Ertragung der Kosten beider Instanzen verurteilt wurde. Der Arbeitsplan, auf dem die als Rohaufbereitung aufzufassende Zerklammerung der Steine von den Arbeitern vorgenommen wurde, gehörte infolge seiner festen Verbindung mit dem Steinbruch unbedingt zu diesem. Dessenungeachtet gibt es noch eine große Anzahl Steinbruchbesitzer, die Arbeiterinnen mit Knadschlagen beschäftigen. In einer Handmaschinenfabrik des Aufsichtsbezirktes Aue wurden 10 Arbeiterinnen gegen 9 Uhr abends an der Schichtmaschine in voller Beschäftigung angetroffen. Nach Aussage der Mädchen hatte die Arbeitszeit bereits seit einigen Monaten regelmäßig bis 9 Uhr abends gedauert. Der Ausgang dieses Strafverfahrens ist bisher nicht bekannt geworden. In den Schiffschiffereien des Bezirkes Plauen wurde ebenfalls die zulässige Arbeitszeit in mehreren Fällen überschritten. So, es kam vor, daß Arbeiterinnen während der Mittagspause die Betriebe reinigten. Die zumeist aus dem Arbeiterstande hervorgegangenen Besitzer der Schiffschiffereien, deren Anlagen als Motorwerkstätten mit weniger als 10 Arbeiter zu behandeln sind, waren vielfach mit den Bestimmungen nicht vertraut. Die Beamtin des Zwicauer Bezirkes meldet, daß in 23 Betrieben 43 Arbeiterinnen länger als 11 Stunden täglich beschäftigt wurden. Bei den Revisionen der Werkstätten der Kleider- und Wäschekonfektion äußerten sich die Arbeiterinnen in recht verschiedener Weise über die Arbeitersicherheitsbestimmungen. Ein Teil war sehr befriedigt. Der andere Teil gab einer gewissen Unzufriedenheit darüber Ausdruck, daß sie in der Verordnung als „Arbeiterinnen“ bezeichnet wurden und daß infolge der Verordnung die gutbezahlten Ueberstunden in Wegfall kämen.



**Ortsrat.** Am 29. November hielt unsere Ortsgruppe mit dem Arbeiterverein gemeinsam eine öffentliche Versammlung ab. Nachdem der Versammlungsleiter die Anwesenden begrüßt hatte, verbreitete er sich kurz über die Entwicklung der Arbeitervereine und der Gewerkschaften und betonte die Aufgaben der beiden Korporationen. Hierzu erteilte er das Wort dem Kollegen Deutmann aus Düsseldorf. Redner verbreitete sich über die Entstehung und Aufgaben der christlichen Gewerkschaften. Arbeitersekretär Dittmann behandelte in seinem Referate die Notwendigkeit und Aufgaben der Arbeitervereine. Dann sprach Kollege Deutmann noch einige Worte zu den anwesenden Arbeiterinnen und ermunterte dieselben, doch mit zu agitieren für die beiden Korporationen.

**Greiz.** Unsere Generalversammlung tagte am 6. Dezember und war gut besucht. In seinem Jahresbericht gab Kollege Kanis einen Rück- und Ausblick, welcher allgemeinen Beifall fand. Die Vorstandswahl wurde getätigt. Es wurden wieder bzw. neu gewählt Kollege Kanis als erster Schriftführer, Kollege Dahmert zweite Schriftführerin. Zu Beisitzern wurden gewählt die Kollegen Schobert, Böhrer, Dietsch, Herrmann, Kollege Thiemer und Bauer. Als Kassier fungieren Kollegen Dahmert, Eichmeyer und Schenker. Ein Uebel wurde dadurch beseitigt, daß die Amtszeit des zweiten Vorsitzenden um ein Jahr verlängert wurde. Kollege Beer gab sodann einen Bericht von der Lohnbewegung im hiesigen Bezirk. Diese Bewegung datiert schon seit 1907. Damals kam die Krise dazwischen, die die Bewegung zum Stillstand brachte. Jetzt wird der Gebante auf bessere Löhne wieder aufgegriffen. Der „deutsche“ Textilarbeiterverband leitete die Bewegung ein, ohne uns zu benachrichtigen. Erst durch Fabrikversammlungen wurden wir in Kenntnis gesetzt. Wir müssen die Bewegung unterstützen, können wir doch höhere Löhne gut gebrauchen. Später hierüber einmal mehr. Kollege Seidel besprach noch das Beitrags- und Unterstützungsweisen des Verbandes. Er wies besonders auf die Uebergangsbestimmungen zu den höheren Beitragsklassen hin und empfahl den Mitgliedern die Benutzung der Bestimmungen.

**Hannover-Linden.** Eine mäßig besuchte Generalversammlung fand am 10. Dezember statt, in welcher die auscheidenden Vorstandsmitglieder Klingebiel, Weber und Beckmann einstimmig wiedergewählt wurden, zu Neuwahlen die Kollegen Wiejete und Witte. Da in referierte Kollege Klüttgen über die Entstehung der christlichen Gewerkschaften in Sachsen und Umgebung. Die Kollegen Öhburg und Förster führten kurz die hiesigen Verhältnisse an und besprachen eingehend die bevorstehenden Auswahlgewahlen in den einzelnen Betrieben. Nachdem noch der Kollege Klüttgen ein kurzes Schlusswort an die Versammlung gerichtet, fand diese ihr Ende.

NB. Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, geschäftliche Angelegenheiten bei unserm Kassierer, Kollegen Klingebiel, nur freitags abends von 6—8 Uhr erledigen zu lassen. Das Kantingeld wird nach wie vor Sonnabends von 6—8 Uhr ausbezahlt.

**Gochsenkirch.** Am 29. November fand ein Familienabend unserer Ortsgruppe statt. Nach einigen Musikstücken und Begrüßungsansprachen erhielt der Lokalbeamte von W.-Gladbach, Wittekin, das Wort zur Festrede. Redner legte in klaren Zügen die Bestrebungen der christlichen Gewerkschaften auseinander, wofür ihm von der Versammlung reichen Beifall gezollt wurde. Der Pastor von Wanlo sprach im Sinne des Referenten. Er empfahl den Mitgliedern von Wanlo, dafür zu sorgen, sich im Laufe der Zeit selbständig zu machen und eine eigene Ortsgruppe zu bilden. Auf Anregung einiger Mitglieder wurde eine Sammlung abgehalten für die verunglückten Vergleite auf Becke Radbop, welche einen Betrag von 7,50 Mk. aufwies.

**Krefeld.** Die Situation in den Sammet-Webereien. Infolge der schlechten Geschäftslage in der Sammetbranche sind auch die Sammetwebereien in sehr bedrängter Lage. Schon seit mehreren Wochen ist in den einzelnen Betrieben mit mehr oder minder verkürzter Arbeitszeit gearbeitet worden. In den letzten Tagen sind die Verhältnisse noch ungünstiger geworden. So beschäftigte die Firma Tress u. Schmal, wegen Arbeitsmangel 17 Arbeiter zu kündigen, sich jedoch diese Absicht fallen, nachdem die Arbeiter sich bereit erklärten, die Arbeitszeit auf 3 1/2 Stunden wesentlich zu reduzieren. Eine ganz andere Praxis herrscht bei der Firma van Kempen u. Müller. Sie entließ fünf Sammetweber und acht Arbeiterinnen, zu gleicher Zeit ließ sie eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit von 6 1/2 auf 8 Stunden eintreten. Ein solches Vorgehen konnten die Arbeiter nicht verzeihen. In einer Delegiertenversammlung protestierten dieselben entschieden gegen das Vorgehen der Firma. Es wurde behauptet, daß die Firma das Angebot der Arbeiter, anstatt Entlassungen vorzunehmen event. eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit einzutreten zu lassen, nicht annehme. Die Verbandsvertreter beauftragten ebenfalls bei den Firmeninhabern, diese von der Härte und Unzumutbarkeit ihres Beschlusses zu überzeugen, letztere begründeten ihr Vorgehen damit, daß die Beschäftigten, falls die Arbeitszeit zu sehr verkürzt würde, keinen auskömmlichen Lohn mehr verdienen könnten, die Entlassenen sollten sich andere Arbeit suchen. Obwohl den Herren vorgehalten wurde, daß momentan keine andere Arbeit zu finden und die Verlegung bereit sei, eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit anzunehmen, blieb die Firma bei ihrer Auffassung. Die Arbeiter vermuten Maßregelung und auf andere Weise zahlte die Firma an die Entlassenen einen Wochenlohn, für den keine Arbeit verlangt wurde.

Jedenfalls ist aus dem Angeführten zu ersehen, wie einerseits die Industrie darniederliegt und andererseits die Arbeiter sich großen Entbehrungen preisgeben inf. Ohne Zweifel wird die Solidarität der Arbeiter auf eine harte Probe gestellt. Bisher haben sie dieselbe gut bestanden, trotz aller Unbillen hatten die Sammetweber treu zur Organisation. Die entlassenen Organisierten werden an der Gewerkschaft einen Rückhalt haben, während mehrere der entlassenen Arbeiterinnen, welche unorganisiert sind, jedes Schicksal erdulden. Mögen diese den Weg zur Organisation finden und dann derselben treu bleiben.

**Lambrecht.** Zur Ortskrankenkassenwahl am 15. November fand hier die Ortskrankenkassenwahl statt. Das Resultat war für die Liste der „freien“ Gewerkschaften 84, die der christlichen Gewerkschaften 82 Stimmen. Die „freie“ Liste verlor den Sieg der hiesigen betriebsfremden Sozialdemokraten mit der im Lager dieser Vertreter die Bewegung; die Christlichen hätten sich bei dieser Wahl „schon“ benommen. Die Liste der „freien“ Liste war kurz, sie kündete aber gleich an, daß sie in einem „sonderbaren“ Artikel noch darauf zurückkommen werde. Man konnte sich auf einen „heiligen“ Herzogsgang irgend eines „Zielbewusstseins“ gefast machen. Man wurde den leichtgläubigen, auf die „Wahrheitsliebe“ der „freien“ Liste schwärzenden „Genossen“ unter der Spitzmarke „christliche Solidarität“ dargestellt, welche treulose Menschen die Ehre haben, einen, und weniger herzlich die „Genossen“ über den Hügel barbarieren wollten. Der Redner des Artikels muß beim Obergenossen Wehring in Leipzig in Schule gegangen sein, auf solch

„seiner“ Ton ist sein Artikel geklimmt. „Schöner Streich“, „schmutziger Wahltrick“, „unchristliche Gesellschaft“, „unchristliche Gesandten“, „wahrhaft christliche Arbeiter“, „christlichen Diktatoren“, „Arbeiter in Christo“, „christlichen Führer“, „Verkauf der Untertanen“, „Christlichen Schwämmen schon längst im gelben Schweiß“ usw. sind die Liebeswörter, mit denen der „Zielbewußte“ die nicht sozialdemokratischen Wähler von Lambrecht anpöbelte. Wir vergehen dem Schreiber das, denn er ist ein Produkt der Erziehung seiner parteigenösslichen Lehrmeister. Was wir dem „Genossen“ aber hier antreiben müssen, das sind die Unterhaltungsstunden der „freien“ Arbeiter, die Zielbewußtlosigkeit, mit der sie Grundzüge ihres Parteiprogramms mißhandeln. Schimpfen und Raisonnieren ist leicht, aber die volle Wahrheit der Öffentlichkeit darzulegen, warum die christlichen Arbeiter eine eigene Liste aufstellten, fällt dem Schreiber der „freie“ Post“ schwer. Wir wollen deshalb die Sache hier nachholen.

Im Jahre 1904 wurde in Lambrecht der Beschluß gefaßt, eine Ortskrankenkasse zu errichten. Die christlichen Gewerkschaften kamen ein um die Verhältnisse. Der Stadtrat stimmte dem zu, die Sozialdemokraten lehnten die Verhältnisse ab. Zu dieser Forderung waren die christlichen Arbeiter aufgrund des Gesetzes vom 25. Mai 1903, in dem die Proporzwahl als zulässig erklärt war, berechtigt. Die „Genossen“ wehrten sich dagegen mit Händen und Füßen, trotzdem die Proporzwahl eine Forderung der sozialdemokratischen Partei ist. Die christlichen Arbeiter gaben dann nach (leider! D. E.) und zwar auf Einwirkung der Verwaltungsbehörde, weil diese, statt den Beschluß des Stadtrates zur Durchführung zu bringen und das Nähere über Ausdehnung und Verteilung der Beiträge im Statut festlegen zu lassen, zur „Einigung“ machte. Daher fiel trotz Stadtratsbeschlusses die Proporzwahl. Die Mehrheitswahl wurde statutarisch festgelegt. Und dies, wie betonen, trotzdem der Herr Bürgermeister zweimal bei Stimmengleichheit zu gunsten des Proporz votierte. Die „Einigung“ der beiden Organisationen wurde damals dadurch erzielt, daß man den christlichen Arbeiter ein Drittel Kandidaten auf der Liste der „freien“ Gewerkschaften zusagte. Es wurden dann aber nur sieben Vertreter, also ein Sechstel allerzulässig gestattet.

Es kam die Gewerkschaftswahl am letzten Sonntag des Jahres 1907. Zum erstenmal wurde nach dem Verhältniswahlsystem gewählt. Die christlichen Arbeiter erzielten einen hübschen Erfolg. Ueber ein Drittel Stimmen wurden für ihre Liste abgegeben, das Resultat war: 3 Beisitzer und 1 Erstaquaman. Daraus konnten die roten Herrschaften entnehmen, daß die Listigen sich nicht mehr an die Wand drücken lassen. Damals gerieten einige „Genossen“ aus dem Häuschen. Einer meinte, bei den nächsten Frankfurterwahlen „gehen sie (die Christlichen) alle die Wäch hinterher“. Unersetzlich wollte man aber nicht die Wäch hintergehen. Es wurde an die Vorstandskasse der Ortskrankenkasse der Antrag gestellt, die Proporzwahl einzuführen. Eine Antwort kam, dahin gehend, daß die Sache bei der nächsten Generalversammlung zur Entscheidung komme. Mittlerweile kam aber keine Generalversammlung mit der Tagesordnung „Proporzwahl“, sondern die Neuwahl der Vertreter. Etwa 7 Tage vor der Wahl stellten 2 Mitglieder der christlichen Gewerkschaften im Auftrage des Partells die Forderung bei den „freien“ Gewerkschaften, 14 Mann von den Christlichen auf die Liste der „freien“ zu nehmen. Da 40 Mann zu wählen waren, also die „Genossen“ immer noch mit 26 Mann die Mehrere waren, so kann man wahrhaftig die Forderung der Christlichen nicht als unbedeutend hinstellen. Einige der Kartellbelegierten der „freien“ sollen auch, wie man hört, den Forderungen der Christlichen geneigt gewesen sein, die Mehrheit der „Zielbewußten“ lehnten sie ab. Darauf gab es keine Verhandlungen mehr. Die Christlichen stellten eine eigene Liste auf, nämlich wurde agitiert. Der Erfolg war ein guter. Waren 3 sozialdemokratische Wähler in e 5 r zur Wahl gegangen, so hätte die christlich-nationale Kandidatenliste gesiegt. Die christlichen Arbeiter hätten sich des Sieges gefreut, nicht um die sozialdemokratischen Arbeiter gänzlich von der Ortskrankenkasse auszuschließen, sondern um selbst die Proporzwahl, die von den „Genossen“ seit Jahren in Lambrecht hintertrieben wird, einzuführen. Während ist der Streik der „freien“ Post“, daß die Christlichen auf ihrem Bette ein paar Kaufleute und Werkmeister haben. Als ob eine Ortskrankenkasse nur für die Sozialdemokratie sein dürfte. Wir wollen jetzt gegen ein, daß dort, wo die „Genossen“ Werkmeister zu den Jüngern bilden, sie solche Leute erst recht vorziehen, genau so wie in Kaiserlautern, wo man einen Lehrer statt eines simplen Proletariats aufstellte! Und was geht es die „Genossen“ an, wenn die Christlichen bei einer Liste von 40 Mann 2 laienfähige Kaufleute aufstellen? Ist deren Geld nicht so rund wie das der „Genossen“? Geben sich die „Genossen“ in den Städten nicht Mühe genug, um auch die Kaufleute zu sich herüber zu ziehen. Warum denn in Lambrecht so abstoßend gegen die Kaufleute?

Wenn ihr führenden „Genossen“, ihr mit den sehr zu beklagenden Stimmzetteln gewählten Vertreter der sozialdemokratischen Gewerkschaften freie Entfaltung der Kräfte wollt, wenn ihr mit euren nicht sozialdemokratischen Mitarbeitern ehrlich die Klänge kreuzen wollt, dann muß eure Parole heute Freitag lauten: Fort mit der Vergewaltigung der Minorität! Herbei mit der Proporzwahl! Auf zum christlichen Kampf auf Grund des Verhältniswahlsystems!

**Leichhausen.** Unsere Ortsgruppe hielt am 28. November ihre ordentliche Generalversammlung ab. Kollege Kaind gab zunächst bekannt, daß die gemeinsame Kohlenlieferung einem hiesigen Geschäftsmann übertragen würde. Derselbe erstattete dann einen sehr eingehenden Bericht über die Bezirkskonferenz in Kaufbeuren. Die Neuwahl des Ausschusses ergab die Wiederwahl der bisherigen Kollegen. Neugewählt wurde Kollege Heinrich Berger. Es wurden dann noch die Wahlen zum Revisionsausschuss und die der Kartellbelegierten vorgenommen. Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß außer den Monatsversammlungen zwei öffentliche Versammlungen sowie elf Ausküh- und neun Kartellversammlungen abgehalten wurden. Die Ortsgruppe zählt 81 Mitglieder gegen 69 im Vorjahre.

**Nordhorn.** Die am 9. Dezember abgehaltene Versammlung war gut besucht. Beschlossen wurde, am zweiten Weihnachtstage eine Christbaumfeier abzuhalten, und bitten wir die Kollegen, sich alle daran zu beteiligen. Alles Nähere durch die Vertrauensmänner. Kollege Sparenberg referierte sodann über die höheren Beiträge. Seine Ausführungen waren klar und deutlich gehalten, und einstimmig wurde nach kurzer Diskussion beschlossen, vom 1. Januar an den höheren Beitrag zu zahlen. Nach Erörterung einiger internen Angelegenheiten wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

**Neumünster.** Bei der am 13. Dezember abgehaltenen Generalversammlung gedachte unser zweiter Vorsitzender zunächst des Unglücksfalles auf Grube Radbop, wo auch viele örtliche Kollegen Opfer ihres Berufes geworden sind. Zu Punkt eins wurde die Festlegung der Beiträge besprochen. An die Vorrede, die mit der höheren Beitragszahlung am 1. Januar verbunden sind, wurde erinnert und beschlossen, daß die Vertrauensleute durch Umfrage feststellen sollen, wie viele vom 1. Januar ab einer höheren Klasse beitreten wollen. Auch Gewerkschaftssekretär Hartmann-Dambora griff in die Debatte ein und betonte die Notwendigkeit der höheren Beiträge. Zu Punkt zwei, Vorstandswahl, wurden die Kollegen

A. Jule als erster Vorsitzender, Kollege Franz Sander als erster Kassierer und Georg Sander als zweiter Schriftführer fast einstimmig wiedergewählt. Ebenso wieder als Revisoren die Kollegen H. Jagelstange und M. Holbein. Zu Vertrauensleuten wurden die Kollegen A. Richard und Schöndts wieder und Jof. Grimm neugewählt. Alsdann erstattete Kollege Jule Bericht von der Bezirkskonferenz in Embsbüten. Sekretär Hartmann sprach dann noch über den neuen Zentralverband der Eisenbahnhändler und Arbeiter. Nachdem noch einige interne Sachen besprochen waren, war Schluss der Versammlung.

**Sommerfeld.** Für die zahlreich besuchte Versammlung am 6. Dezember war der Vortrag des Kollegen Melcher-Horst über den Wert und Nutzen unserer Versammlungen und unseres Verbandsorgans recht glücklich gewählt. Die anschließende Diskussion ergab die vollständige Einmütigkeit seitens der Versammelten. In seinem Schlusswort betonte der Referent noch die Wichtigkeit des Studiums sozialer Schriften und schloß die interessante Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf unsere Bewegung.

### Aus unserer Industrie.

#### Unser Textilwarengeschäft auf dem Weltmarkt im Jahre 1908.

Wenn kürzlich behauptet wurde, das Textilgewerbe hätte seit 1873 kein so unglückliches Jahr durchgemacht, wie 1908, so liegt in dieser Behauptung eine ganz starke Uebertreibung. Wohl ist der Rückgang der Ausfuhr für viele Zweige des Textilgewerbes deswegen sehr empfindlich gewesen, weil er mit einer schwächeren Konkurrenzfähigkeit des Inlandsmarktes zusammenfiel. In früheren Jahren suchte man bei einer Abschwächung des inländischen Absatzes mit Erfolg die Ausfuhr zu steigern, im laufenden Jahre fehlte indes jede Möglichkeit, da fast der gesamte Weltmarkt für Textilwaren nur schwachen Begehre zeigte. Das Zusammenfallen eines Absatzrückganges im Inlande sowohl als auch im Auslande hat die ungünstige Lage des Textilgewerbes wesentlich verschärft, keineswegs aber eine Situation geschaffen, wie sie aus den neunziger Jahren her noch in unangenehmer Erinnerung ist, (schreibst du, „konfessionär“). Wenn wir unsere Textilwarenausfuhr während des laufenden Jahres betrachten, so ergibt sich insgesamt eine scharfe Abnahme, aber sie verteilt sich sehr verschieden auf die einzelnen Zweige des Textilgewerbes: die Ausfuhr der Spinnereien war nur wenig schwächer als 1907, während dagegen die Webereien, Wirkereien usw. den Verlust, der auf der Gesamtausfuhr lastet, fast ausschließlich zu tragen haben. Die statistischen Nachweise über die Ausfuhr liegen zwar erst für die ersten zehn Monate des laufenden Jahres vor, aber die beiden letzten Monate verändern das Bild nicht mehr wesentlich. Es ergibt sich nun, daß an Garnen aller Art im laufenden Jahre 267.993 D-Zentner gegen 272.306 im Vorjahre exportiert wurden. Die Ausfuhr ist demnach um 1 1/2 pCt. zurückgegangen. Der Werte nach mag der Rückgang etwas erheblicher ausfallen. Scheidet man die gesamte Garnausfuhr nach den verschiedenen Rohmaterialien, so ergibt sich, daß die Ausfuhr von Baumwollgarn im laufenden Jahre sogar noch eine Steigerung gegen 1907 erfuhr: die Ausfuhr stieg von 102.783 Doppelzentner 1907 auf 107.285 im laufenden Jahre. Hervorgerufen ist diese Zunahme in erster Linie durch die vermehrte Ausfuhr nach den Niederlanden, während die Ausfuhr nach Großbritannien zurückgegangen ist. Geringer als im Vorjahre war die Ausfuhr von Wollgarnen, doch ist auch hier die Abnahme nicht allzu erheblich. Es wurden von Januar bis Oktober 1908 insgesamt 90.892 Doppelzentner ausgeführt gegen 95.656 im Vorjahre. In diesem Rückgang sind hauptsächlich Oesterreich-Ungarn und Rußland beteiligt, die die Hauptabnehmer deutscher Wollgarne im Ausland sind. Zurückgegangen ist die Ausfuhr von Seidenzwirn und Seidengespinnsten, und zwar von 4290 auf 3728 Doppelzentner, ferner der Vennengarnexport von 7968 auf 7032 und endlich die Ausfuhr von Fute usw. Garn von 61.609 auf 59.056 Doppelzentner.

So wenig die Baumwollspinnereien unter der Krise am Weltmarkt zu leiden hatten, so sehr sind die Baumwollwebereien davon betroffen worden. Die Ausfuhr von Baumwollwaren betrug 1907 in den ersten zehn Monaten noch 485.635 Doppelzentner, im laufenden Jahre aber nur 405.603; sie ist demnach um 16 1/2 pCt. gesunken. Außerst stark ist der Absatz deutscher Baumwollwaren in den Vereinigten Staaten von Amerika zurückgegangen; sie bezogen nur 51.771 Doppelzentner gegen 64.348 im Vorjahre. Auch Großbritannien und Britisch-Indien waren sehr viel weniger ausnahmefähig als vergangenes Jahr; nach Großbritannien gingen nur 33.939 Doppelzentner gegen 92.516, nach Britisch-Indien 15.221 gegen 23.978. Nicht ganz so stark wie die Baumwollwarenausfuhr, aber immerhin noch recht erheblich, hat der Export von Wolllwaren gelitten. Er bezifferte sich nämlich in 1907 auf 286.219 Doppelzentner, 1908 aber nur auf 260.483, also 25.736 Doppelzentner weniger. Wieder sind es, wie bei Baumwollwaren, die Vereinigten Staaten von Amerika, die den Rückgang hauptsächlich bewirkt haben. Sie bezogen in diesem Jahre nur 12.438 Doppelzentner gegen 18.936 im vergangenen Jahre. Der Export nach Großbritannien ist dagegen nur unbedeutend, und zwar von 50.003 auf 49.341 Doppelzentner gesunken. Abgenommen hat die Wolllwarenausfuhr außerdem noch nach den Niederlanden und nach der Schweiz.

Die Seidenwarenausfuhr, die hauptsächlich dem Werte nach stark gesunken ist, ging von 89.345,15 Doppelzentnern auf 75.360,59 zurück. Allein die Vereinigten Staaten bezogen rund 5000 Doppelzentner weniger als im Vorjahre. Die Ausfuhr nach Großbritannien ging um 1700 Doppelzentner zurück. Relativ sehr stark ist endlich der Export von Webwaren aus bisher nicht genannten Spinnstoffen, namentlich aber von Leinenwaren, gesunken; die Ausfuhr dieser Webwaren stellte sich zusammen auf 79.096,49 Doppelzentner gegen 103.401,36 im vergangenen Jahre, bleibt also rund um 24 pCt. niedriger als 1907. Auch hier sind es wieder Amerika, Großbritannien und die Niederlande, endlich Dänemark und die Schweiz, nach denen der Export einen erheblichen Rückgang erfuhr. Das keineswegs nur die Ausfuhr der deutschen Textilindustrie im laufenden Jahre empfindlich gelitten hat, sondern die aller an der Verzögerung des Weltmarktes beteiligten Länder, das ergibt man schon aus einem flüchtigen Blick auf die Gestaltung der

englischen Textilindustrie. Für die ersten zehn Monate 1907 stellte sie sich auf 143 Millionen Pfund Sterling, in der nämlichen Zeit dieses Jahres dagegen nur auf 124 Millionen. Das ist ein Rückgang von mehr als 20 Prozent.

### Gewerkschaftliches.

#### Aus unseren Verbänden.

Einen Beweis für den Zentrumscharakter der christlichen Gewerkschaften will die sozialdemokratische Presse mal wieder entdeckt haben. Den Generalsekretär Stegerwald soll nämlich der Landtagswahl dem Vorsitzenden des eben Biete gemachten Eisenbahnerverbandes, Herrn Holz-Trier, ein zentrumsähnliches Landtagsmandat angeboten haben für den Fall, daß sich Holz mit seinem Verbands- und Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften anschließe. Die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“, die eine ganz feine Nase besitzen will, schreibt in Nr. 286 vom 8. Dezember über die Angelegenheit also:

„Bei der letzten Landtagswahl machten die Gewerkschaftsschriften einen letzten Versuch, Holz in ihr Lager zu locken; sie boten ihm ein Zentrumsmandat für den Fall an, daß er seinen Verband den christlichen Gewerkschaften zuführe! Wir stunkern nicht: die Herren Führer der „partei-politisch streng neutralen“ christlichen Gewerkschaften — diese Eigenschaften suchen sie bekanntlich aller Welt vorzutuscheln — handeln mit Zentrumsmandaten; die „neutralen Gewerkschaften“ sind in Wirklichkeit so eng verflochten mit dem Zentrum, daß sie von dieser Partei freizugewand in der Beregung von Abgeordnetenmandaten bekommen.“

Die „Rh. Btg.“ stützt sich hierbei auf Aufzeichnungen, die der Landtagsabgeordnete Beier (Zentrum) in einer öffentlichen Versammlung in Saarbrücken gemacht haben soll. Herr Beier hat jedoch kürzlich erklärt, daß seine Aufzeichnungen in der Presse unrichtig wiedergegeben seien. — Dieselbe Presse, die hier behauptet, die christlichen Gewerkschaften hätten die Mandate der Zentrumspartei zu vergeben, beschwört, bei anderen Gelegenheiten die Katholischen Arbeiter würden in der Zentrumspartei lebhaft als Stimmvieh benutzt, sie hätten in der Partei rein gar nichts zu sagen. Aus diesem Widerspruch ist schon die Absicht der roten Freunde ersichtlich. Bald so, bald so, wie's trifft!

Zur Sache selbst sei bemerkt: In kath. Arbeiterkreisen besteht ein Komitee, das den Kollegen Stegerwald zum Vorsitzenden hat. Das Komitee hatte die Aufgabe, bei der letzten Reichs- und Landtagswahl im Auftrage mehrerer Zentrumsmitglieder aus dem Arbeiterstande mit den maßgebenden Instanzen ihrer Partei auf Aufstellung von Arbeiterkandidaten zu dringen. Ein ähnliches Vorgehen wird man ja auch in evangelischen Arbeiterkreisen antreffen. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Bewegung ganz außerhalb der Gewerkschaft vor sich geht und mit dieser nichts zu tun hat. In seiner Eigenschaft als Vorsitzender des genannten Komitees hat Stegerwald mit den Parteinstanzen um Aufstellung von Arbeiterkandidaten konferiert. Unwahr ist es, daß die „Gewerkschaftsschriften“ Holz ein Mandat angeboten haben, wohl haben sich die Eisenbahner jahrelang um eine Stabesvertretung im preussischen Landtage bemüht und sich zu diesem Zwecke an den Gesamtverband gewandt. Den Eisenbahnern wurde natürlich erklärt, daß die christlichen Gewerkschaften partei-politisch neutral seien und keine Mandate zu vergeben haben. Wohl hat sich Kollege Stegerwald bei den maßgebenden Partei-Instanzen für eine Eisenbahner-Vertretung bemüht. Es sind ja auch zwei Kollegen aus dem Holz'schen Verbandsmitglieder des preussischen Landtages. Allerdings sind diese Kollegen jetzt aus dem Zentrier zum neuen Eisenbahnerverbande übergetreten.

Das ist die Wahrheit über die neueste Entdeckung der „Genossen“, die wieder wie eine Seifenblase auseinanderplatzt. Die konfessionelle und partei-politische Neutralität werden die christlichen Gewerkschaften als ihr kostbares Gut bewahren und verteidigen.

**Zur dauernden Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen hat sich das Komitee der christlichen Gewerkschaften in Düsseldorf mit folgenden Anträgen und Beschlüssen an die Stadtverwaltung gewandt:**

- 1) Gemäßung von Zuschüssen zu den seitens der Arbeiterorganisationen gezahlten Arbeitslosenunterstützungen.
- 2) Errichtung einer lokalen Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit im Winter.
- 3) Um für diese Maßnahmen die notwendige Uebersicht über den Umfang der Arbeitslosigkeit zu bekommen, mit Hilfe der sich bereitfindenden Arbeiterorganisationen periodisch wiederkehrende Arbeitslosenzählungen vorzunehmen zu lassen.

Zu der Begründung wird angeführt: Arbeitslosigkeit bedeutet für die Mehrzahl der Arbeiter vollständige Mittellosigkeit und den Mangel der Existenz. Solches zu verhindern, liegt im eigenen Interesse der Gemeinde und erfordert als deren unabweisbare Pflicht. Wie die Erfahrung zeigt, wird nur in den seltensten Fällen der ohne eigene Schuld erwerbslos gewordene Arbeiter in Rücksicht auf den Verlust der bürgerlichen und politischen Rechte um eine Armenunterstützung eintommen.

So anerkenntswert die seitens der Verwaltung durch die Bereitstellung von sogenannten Zuschüssen durch getroffenen Maßnahmen sind, kann diese Maßnahme unserer Meinung nach nicht als ausreichend erachtet werden. Wie aus der Denkschrift des Herrn Direktors des statistischen Amtes über die Beschäftigung der Arbeitslosen im Winter 1907/08 hervorgeht, sind von den 2106 Personen, denen ein Arbeitschein ausgedruckt wurde, nur 1640 in Arbeit getreten. Im Durchschnitt wurden nur 454,5 Personen beschäftigt. Insofern, daß sich unter denen, die freiwillig auf Arbeitsgelegenheit verzichteten, ein Teil gefunden haben mag, dem es an der nötigen Arbeitsmöglichkeit fehlte, so dürfte doch die relativ niedrige Zahl der Beschäftigten in folgendem seine Erklärung finden:

Der Natur der Sache nach müssen sich die Notstandsarbeiten auf Erdbereiten, Wegebau usw. beschränken. Die Mehrzahl der geltenden und auch ein großer Teil der ungelerten Arbeiter kann aber derartig schwere Arbeiten im Freien in Rücksicht auf Gesundheit und höhere Berufstätigkeit nicht verrichten.

Bei Notstandsarbeiten ist des Weiteren zu berücksichtigen, daß die Leistungen der sich arbeitslos Meldenden in der Regel hinter den Normalleistungen der Berufsarbeiter wesentlich zurückbleiben. Zu Berücksichtigung dieser Umstände liegt bei den Beteiligten der Wunsch nahe, die Leistungen der Arbeiter nach Selbsthilfe stabilisiert gefördert zu sehen. Unseres Erachtens nach ließe sich dieses bewerkstelligen, wenn den arbeitslosen Mitgliedern derjenigen Bewegungen, die Arbeitslosenunterstützung gewähren, ein Zuschuss aus öffentlichen Mitteln zu diesen Unterhaltungen gewährt würde. Die Schwierigkeiten dieser Art der Unterstützung (Central System) dürfen kein Grund zu seiner Ablehnung sein. Im Auslande ist dieses System von einer Anzahl größerer

Bereits zur Durchführung gebracht. Ebenfalls hat die Stadt Chemnitz am 1. Januar 1907 die Arbeiterunterstützung, wie der Bericht besagt, mit einem Erfolg durchgeführt. In der Anlage gestalten wir uns einige Wünsche für die Art der Fortsetzung zu geben.

Vorliegende Art der Lösung dieser brennenden Frage besteht in einem Vorschlag, daß nur ein Bruchteil der Arbeiterbeiträge von ihr erfaßt würde. Um aber auch denjenigen Arbeitern gerecht zu werden, die keiner derartigen Organisation angehören, ist die Gründung einer lokalen Versicherungskasse unerlässlich. Wir verweisen zur Information auf die Jahresberichte der städtischen Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit im Winter. Durch die gleichzeitige Einführung beider Unterstützungsorten würde auch in weitgehender Weise den verschiedenartigen Verhältnissen Rechnung getragen werden können.

Um einen wirklich zuverlässigen Ueberblick über den Umfang der Arbeitslosigkeit zu erhalten, ist eine periodisch wiederkehrende Zählung der Arbeitslosen notwendig. Erst auf Grund des Resultats mehrerer Zählungen zu den verschiedenen Jahreszeiten ließe sich die finanzielle Tragweite der etwa zu unternehmenden Maßnahmen überblicken. Der Erfolg und die Ueberwindung der Schwierigkeiten wird wesentlich davon beeinflusst werden, daß zwischen den Beteiligten, Stadtverwaltung und Arbeiterkassen, resp. den Organisationen der letzteren es an der notwendigen Verständigung nicht fehlen darf.

Für die Bewilligung von Zuschüssen aus städtischen Mitteln zu den Arbeitslosenunterstützungen der Arbeiterorganisationen wurden folgende Grundzüge aufgestellt:

1. Der Zuschuß wird nur denjenigen Organisationen bewilligt, die dieses beantragen und sich verpflichten, sich den erlassenen Bestimmungen zu unterwerfen.
  2. Der Zuschuß wird nicht geleistet: a) dem Arbeitslosen, dem passende Arbeit in seinem Berufe nachgewiesen werden kann; b) an Streikende oder Ausgesperrte für die Dauer des Streiks oder der Aussperrung.
  3. Die Kontrolle der Arbeitslosen wird gemeinsam von der Stadtverwaltung und den beteiligten Organisationen durch den städtischen Arbeitsnachweis ausgeübt.
  4. Bestehen in einem Berufe tarifliche Vereinbarungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse, so sind diese, bestehen solche nicht, die ortsüblichen Bedingungen bei der Arbeitsvermittlung maßgebend.
  5. Die Verwaltung des zu bewilligten Fonds wird dem Vorstand des städtischen Arbeitsnachweises übertragen.
  6. Die beteiligten Arbeiterorganisationen verpflichten sich, ihre Bücher zur Kontrolle dem Vorstand des Arbeitsnachweises vorzulegen.
- Vorliegende Eingabe ist laut Mitteilung des Herrn Oberbürgermeisters der gewerblichen Kommission übergeben.
- Hoffentlich wird dieselbe recht bald in eine eingehende Prüfung dieser sehr aktuellen Frage eintreten.

**Aus gegnerischen Organisationen.**

Herr Erbert, der Renegat. Der sich bis zum Führer der Gelben durchgemauerte Herr Erbert hat seinem Ausmaßeskrange für „Arbeitervertretung“ einen weiteren Vorber einverleibt. In den Statuten der „Reichstreuen Bergarbeitervereine“ des Bezirkes Baden-Baden, dessen glänzend bezahlter Sekretär Herr Erbert ist, ist vor kurzem der Passus, wonach der Streik als „letztes Mittel“ zur Verbesserung der Lage der Arbeiter anerkannt wurde, verschwinden. Man wachte nicht, woher diese plötzliche „Seinmungsänderung“ kam, bis vor kurzem der sozialdemokratische Breslauer „Volkswacht“ das bekannte Redaktionskürchen folgendes Schreiben auf den Tisch brachte, das der Generaldirektor der Fürstlich Pleßischen Gruben und Vorsteher des Vereins der niederschlesischen Grubenmagazine, Regierungsrat Reinhardt, an den Sekretär der Reichstreuen Bergarbeitervereine, den bekannten Herrn Gustav Erbert, gerichtet hat.

Sekretär Herr Erbert!

Im Anschluß an die letzte Unterredung mit Ihnen habe ich mir die Frage der Stellungnahme des Arbeiterschwerbundes zu den Streiks und einmal im Hinblick auf die im Laufe der Unterhaltung Ihnen erwähnte wirtschaftliche Unterstützung dieses Arbeiterschwerbundes überlegt. Ich bin dabei zu dem Schluß gekommen, daß eine derartige Unterstützung von hier aus nicht in Aussicht genommen werden kann, insofern der Verein in den Satzungen den Streik als zulässige Möglichkeit aufführt und erklärt, daß er, nicht nur mit Rücksicht auf eine Unterstützung, sondern im Hinblick auf die Stellungnahme des städtischen überwiegenen Rates der Arbeiterkassen zu dem neuen Bande überhaupt bringen dazu zu wirken, daß die letzte, der Streik nicht direkt abwehrende Bestimmung aus Ihren Satzungen herauskommt und daß ein dritter Beschluß gefaßt wird, wonach der Streik grundsätzlich möglich ist und von Seiten des Bundes nicht unterbunden werden. Es ist das, wie ich Ihnen ja schon mündlich erklärte, meiner Ueberzeugung nach unbedingt nötig, wenn der Bund eine andere Würdigung jenseits der Arbeitgeber erlangen will, wie sie die christlichen Gewerkschaften, schließlich auch die Fürstlich-Danziger Vereine zuerz haben, was ich im Interesse der Sache für angebracht halte. Ich halte es für sehr wichtig.

Wochenschriftsoll ergeben! Reinhardt.

Als die Verweigerung der Unterstützung seitens der Grubenmagazine ist dem Herrn Erbert Grund genug, seine „Ueberzeugung“ vom Streik plüßig zu ändern. Eine neue Illustration zur Erbert'schen Arbeiterunabhängigkeit und Seinnungsänderung. Solche „Charaktere“ sind in den Augen jedes vernünftigen und ehrlich denkenden Menschen gerichtet. Die Arbeiterrechte werden für einige Unternehmergewissen verächtlich.

Zunächst ist durch diese Statutenänderung in dem Sinne des Erbert'schen Vereines abjektiv keine Änderung eingetreten. Nach wie vor ist der „Reichstreue“ eine Organisation, die nichts anderes als den organisierten Streikbruch und die Ausbeutung der Verantwortung der Arbeiter seitens der Schwärmer als Zweck hat. Die Bestimmung, daß der Streik als „letztes Mittel“ anerkannt werde, war nur ein Fiktion, das mißtrauige Arbeiter anlocken sollte. Und was den Unternehmern jede Furcht zu nehmen, es könnten doch einmal einige Mitglieder des Vereines auf Grund dieser Statutenänderung wagemutig werden, tut Herr Erbert seinem hohen Namen den Schrecken und zeigt dem Verein in jeder wahren Bestimmung.

Sie sind endlich in der „Mittelständischen Arbeitervereinnung“ das Urteil eines Unternehmers über die Nichtorganisierten, das zu Angst und Zornen Erbert's und seiner Streikführer hier wiedergegeben werden soll: „Für mich sind Organisationen, die heute noch ganz von ohne Verband existieren, Hindernis. Ich kann Arbeitgeber, die derartigen Organisationen halbtun, nicht als unterstützbar und als erwerblich, dem Zeitgeist beobachtende Arbeiter anerkennen. Es sind zumal Equivoken, die andere für sich die Kräfte und den Geist der Arbeiter lassen und die Kraft ernten wollen, die andere geistliche Verabschiedungsbüchlein, für die der eigene Preis zum Preis der Arbeiter der Arbeiter nicht das Beste wäre! Die Verabschiedung möge einmal endlich erlangen, wie den Arbeiterkassen und den Arbeitervereinen, die nichts...

Gründen den Verband meiden, beizutreten ist nach wie diesen der Genuß der Vorteile, die der Verband für seine Mitglieder — mitunter unter großen Opfern der letzteren — errungen, entgegen werden kann. Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns, und keiner hat das Recht, an unseren Errungenschaften teilzuhaben, der nicht in unseren Reihen steht. Eine große und bunte Aufgabe unserer Verbandsleitung ist es deshalb, Mittel und Wege zu suchen, die alle von den Vorteilen ausschließen, die nicht in unserem Verbands sind. Ist dieser bedeutungsvolle Schritt gelungen, und er muß gelingen, so werden auch die die paar Mark Verbandsbeitrag gerne bezahlen, die sich heute davon zu drücken suchen.“

**Allgemein Gewerkschaftliches.**

**Besteuerung der Gewerkschaften?** Eine für die Gewerkschaften aufsehenerregende Meldung kommt aus der sächsischen Hauptstadt Dresden. Zur Sanierung der mißlichen Finanzverhältnisse scheint die Regierung in Sachsen auch die Gewerkschaften als gutes Steuervobjekt zu betrachten. Fast sämtliche Dresdener Ortsvereine der Gewerkschaften haben die Aufforderung erhalten, über ihre Kassensbestände zu deklarieren. Man ist in Sachsen bereits früher an die Uebertragung der Gewerkschaftskassen zur Steuerbelastung heranzutreten, diesmal scheint der Versuch jedoch gründlicher durchgeführt werden zu sollen.

Das wäre denn doch eine Geschichte. Durch eine Besteuerung der Gewerkschaftsgelder würde das kleine Einkommen des Arbeiters eine ungerechte doppelte Besteuerung erfahren. Der Arbeiter hätte dann nicht nur von seinem direkten spärlichen Verdienst seinen Obolus in den Steuerkasten zu legen, sondern auch noch von den mühsam zusammengeparten Gewerkschaftsgeldern wiederum seinen Tribut zu entrichten. Schon allein in dieser Lausache würde eine Verwirklichung der Pläne der sächsischen Regierung eine bittere Ungerechtigkeit bedeuten, die zum energiegelassen Protest aufhorben müßte.

Unter dieser Bedingung die sächsische Regierung auch mit ihrer Absicht, zu welchen Widerwilligkeiten sie sich in ihrem Uebelwollen gegen die Gewerkschaften hinreißen läßt. Das Vermögen der Gewerkschaften soll besteuert werden, derselben Gewerkschaften, die laut Gesetz gar kein Vermögen erwerben können. So lange die Gewerkschaften nicht die Rechtsfähigkeit besitzen, ergibt sich für die Regierung doch gar kein Vermögen der Verbände. Bis heute ist u. G. im Gesetze keine Handhabe geboten, die eine Besteuerung der Gewerkschaftsgelder ermöglicht. Ganz gewiß haben die Ortsvereine eines Verbandes kein Vermögen. Die Kasse einer Ortsgruppe gehört auf Heller und Pfennig dem Zentralverbande, und die Zentralleitung eines Verbandes hat — wenigstens bei den meisten Verbänden — das letzte Wort über die Verwendung der Ortskassen.

Eine Regierung, die die Besteuerung der Gewerkschaftsgelder verlangen würde, hätte damit den schärfsten Beweis ihrer reaktionären Gesinnung erbracht. Wozu werden denn die Gewerkschaftsgelder verwandt? Doch für die stichtliche und materielle Hebung des Arbeiterstandes, um den Arbeiter in Kranken und arbeitslosen Tagen vor dem wirtschaftlichen Ruin zu bewahren. Die Gewerkschaftsgelder werden verwandt für die Entlastung der Staats- und Gemeindebudgets. Und für ihre Kulturarbeit sollen die Gewerkschaften auch noch zur Steuer herangezogen werden. Wahrscheinlich, eine weise Sozialpolitik Sächsens Regierung!

**Wie unangeführte Arbeiterinnen ihre eigenen Interessen mit Füßen treten, darüber liefert ein Vorkommnis aus der Dresdener Zigarrenindustrie einen traurigen Beweis. Mit vielen Hundert Unterzeichnerinnen von Arbeiterinnen versehen, gelangte bei Beratung der Gewerbeordnungsstelle folgende Petition an den Reichstag:**

Die Reichstagskommission zur Vorbereitung der Gewerbeordnungsstelle hat beschlossen, die Höchstleistungszeit an den Vorarbeiten der Frau- und Festtage für verheiratete Frauen auf sechs Stunden und für unverheiratete auf acht Stunden festzusetzen, sowie Bestimmungen in Bezug auf die Feierabendruhe der Fabrikarbeiterinnen zu treffen zu lassen. Die unterzeichneten Arbeiterinnen bitten hierdurch die verabschiedeten Regierung und den hohen Reichstag um Ablehnung dieser verheerenden Bestimmung, die die Arbeiterinnen zu einer Verletzung des Rechts auf Arbeit enthaltenen Bestimmung. Wir können in einer derartigen inhumanen Regelung unserer Tätigkeit nicht eine arbeitserleichternde Handlung, vielmehr einen durch nichts gerechtfertigten Eingriff in unsere Gewerbefreiheit erblicken. Es muß uns gestattet bleiben, über die Arbeit, welche wir außerhalb unserer Berufstätigkeit leisten wollen, sowohl nach Art als nach Umfang nach unserem Ermessen frei zu bestimmen, und wir empfinden gegenwärtige Bestimmungen als einen Eingriff in unser häusliches Recht. Die verheerendartige Festsetzung der Arbeitszeit für ledige und verheiratete Arbeiterinnen würde, was sie auch noch so gut gemeint gemein sein, doch nur dazu führen, die Arbeiterinnen zu unangenehmen Arbeitszeiten zu machen, deren sich die Arbeitgeber nach Möglichkeit halb entziehen, um unermesslichen Entschädigungen des Betriebs entgehen zu sein.

Jugendlich mit dem Lebensalter, durch das die gesamte Lebensdauer mit einer hohen Steuer belastet werden soll, liegt der Reichstag ein Verbrechen vor, der auf eine Verletzung der Gewerbeordnung hinauszielt. Eine Kommission des Reichstages hat den Entschluß, wie sie gleich in vielen Punkten verheerend, indem sie in Bezug auf die Tätigkeit der weiblichen Arbeiterinnen Bestimmungen trifft, wozu wir mit aller Entschiedenheit Einspruch erheben müssen. Wir können nicht zugeben, daß es uns verboten sein soll, Arbeit mit nach Hause zu nehmen, wenn wir die gewöhnlich zulässige Zeit in der Fabrik beschäftigt gewesen sind.

Darüber wird u. A. das Zigarrenarbeiterinnenverbände, bitten zu danken zu haben, wenn sie zehn Stunden des Tages in der Fabrik arbeiten. Das bedeutet einen Eingriff in unsere häuslichen Rechte und inhumanen unserer Verbände. Dann sollen an den Vorarbeiten der Frau- und Festtage unangenehme Stunden von acht Stunden, verheerend aber nur sechs Stunden in den Fabriken beschäftigt sein dürfen. Und gegen diese Bestimmungen müssen wir energigebend Einspruch erheben. Es bewirkt gleichfalls eine Verletzung des Gewerbegesetzes der Gewerbeordnung, die bringt unangenehme Entschädigungen in den Bereich und demnach die Arbeiterinnen zu Arbeitszeiten, auf die der Arbeitgeber keine als möglich gerechnet.

Wir sind den arbeitenden Frauen dankbar, daß sie die Arbeiterinnen nicht gewarnt haben, um was es sich handelt. Sie sind es über die Tragweite ihres...

solche Unterzeichnerinnen zustande kommen. Nicht der freie Wille der Arbeiterinnen kommt darin zum Ausdruck, sondern einfach der Befehl des Arbeiters. Wer nicht unterschreibt, fliegt! Aber ebenso sicher ist, daß sich eine organisierte, aufgeklärte Arbeiterin niemals dazu hergeben würde, so ihre eigenen und die Interessen ihrer Kolleginnen mit Füßen zu treten.

**Allgemeine Rundschau.**

**Allgemeines.**

**Ueber eine Verbesserung in der Unfallversicherung** berichtet der bekannte Sozialreformer Viz. Mumm im „Reich“:

Der nächste preussische Etat soll eine erhebliche Verbesserung auf dem Gebiet der Unfallversicherung bringen, die dem Bratiker geringfügig wird; es soll eine große Zahl von Kreisphysikern im Hauptamt angestellt werden. Diesen sollen dann alle amtlichen Geschäfte ärztlicher Natur, insbesondere auch die Gutachten für die Unfallversicherung, übertragen werden. Man weiß, daß in den meisten Fällen die Zurechnung der Unfälle abhängig ist von dem Urteil des Arztes. Wer viel durch die Lande kommt, wie ich jetzt wieder, und fast täglich Klagen über die Unfallversicherung hört, weiß es, wie stark diese Frage die Betroffenen im Volke bewegt. Noch heute sprach ich lange mit einem Landwirt, den die Behandlung durch die Ärzte, die er für ungerecht hielt, fast in die Sozialdemokratie hineingetrieben hätte. Da ist die Anstellung von beamteten Ärzten ein recht bedeutender Fortschritt. Der Arzt, der von seiner Privatpraxis lebt und dabei Gutachten zu erstatten hat, unterliegt stets einem heimlichen Mißtrauen.

Und zwar kommt solche heimliche Beargwöhnung von zwei Seiten. Manche Arbeitgeber meinen: der Arzt will seine Privatpraxis behalten und ausbeuten. Darum behandelt er die Unfallverletzten gut und stellt gefällige Gutachten aus, um in den Augen eines Mannes zu kommen, der es gut mit den Leuten meint. Auf Seiten der Arbeiter dagegen munkelt man: der Arzt ist abhängig von der Unfallberufsgenossenschaft, und diese steht dem Arzt an sich, der am schärfsten urteilt. Der Arzt, der das „Rentenamt“ versteht, ist der Unfallberufsgenossenschaft an sich. Und hat der Arzt ein medico-mechanisches Institut errichtet, in dem große Summen investiert sind, so — raunt man — muß der Arzt damit sich Erfolg attestieren, die zu Rentenherabsetzungen führen — andernfalls weist die Berufsgenossenschaft seinem Institut keine Unfallverletzten mehr zu, sondern einem Konkurrenten, der bessere Erfolge hat. Die teure Behandlung in der „Knochenmühle“ muß zu entsprechend geringeren Renten führen, nur so lohnt sich die Zuweisung für die Arbeitsberufsgenossenschaft.

So spricht man nicht, aber so raunt man sich zu, und gerade dies übertreibende Raunen, das unkontrollierbar weiterwuchert, ist das Gefährliche und Verhängnisvolle.

Und niemand kann leugnen, daß das System, interessierten Ärzten die so schwerwiegende begutachtende Tätigkeit zuzuwenden, verfehlt ist. Auch vom Standpunkt des Unparteilichen aus ist zuzugehen, daß es dringend erwünscht ist, die begutachtenden Ärzte von Privatpraxis freizuhalten, und darum ist die Anstellung hauptamtlicher Kreisphysiker und die Zuweisung aller Unfälle an sie im Interesse des Ansehens unserer deutschen Arbeiterversicherung sehr erwünscht.

**Die Invalidenversicherung im Jahre 1907.**

Nach der im Reichsversicherungsamt angefertigten Zusammenstellung befinden im Jahre 1907 auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes 31 Versicherungskassen und 10 zugelassene Kasseninstitutionen. Der Invalidenversicherung als „zugelassene Kasseninstitution“ angeschlossen ist seit dem 1. Januar 1907 die Witwen- und Waisenversicherung der Seebewerkschaft. Die 41 Versicherungsträger bejahen im genannten Jahre 309 Vorstandsmitglieder, 44 Hilfsarbeiter der Vorstande, 616 Zuschußmitglieder, 396 Kontrollbeamte, 3 Rentenstellen, 124 Schiedsgerichte, 2498 besondere Markenverkaufsstellen und etwa 1400 mit der Einziehung der Beiträge beauftragte Stellen. Zu diesem Apparat kommt noch ein ganzes Heer von Verwaltungs-technischen Beamten.

Die Leistungen der Invalidenversicherung im Jahre 1907 veranschaulicht folgende Tabelle. Es wurden gezahlt:

In Renten	Durchschnittlicher Jahresbeitrag
Jubilärenten . . . 112 184	166,03 RM.
Krankrenten . . . 11 557	166,24 „
Altersrenten . . . 10 789	161,64 „
Zusammen . . . 134 530	164,92 „

Zu Beitragserstattungen	Durchschnittlicher Betrag
Verheiratung . . . 152 478	38,44 RM.
Todesfälle . . . 35 463	85,44 „
Unfälle . . . 616	82,76 „
Zusammen . . . 188 557	85,85 „

Trotz aller Forderung ist die Zahl derjenigen Frauen noch immer verhältnismäßig hoch, die sich bei ihrer Verheiratung die eingezahlten Beiträge zurück geben lassen. Es ist in unserem Organ wiederholt darauf hingewiesen worden, ein wie bedeutender Nachteil mit dieser Beitragsrückzahlung verbunden ist. Es kann unseren Kolleginnen nicht dringend genug ans Herz gelegt werden, auch nach ihrer Verheiratung Mitglieder der Invalidenversicherung zu bleiben und sich durch Ableben von mindestens 20 Renten in zwei Jahren die Annahmefähigkeit auf die Leistungen des Gesetzes aufrecht zu erhalten. Als Beitrag zum Ausbesserungsfonds fällt die so geringe Summe der einzuzahlten Beiträge wohl kaum ins Gewicht. Dagegen sind die Vorteile der Weiterversicherung sehr bedeutend.

Zuerst kommt es der immer größer werdende Bestand der Invalidenversicherung für Privatverehelichte. Die Beitragsrenten wurden im Jahre 1907 vorausgezahlt 15 858 588 RM., wovon allein für Invalidenrenten 653 937 RM. Es sei auch bei dieser Gelegenheit wieder darauf hingewiesen, daß die Beitragsrenten im Interesse ihrer Gewissheit und ihrer Familie möglichst frühzeitig, sobald sich die ersten Anzeichen einer künftigen Krankheit zeigen...

leiden, Rheumatismus, Nerven- und Herzleiden usw.) bemerkbar machen, den Arzt oder die Krankenkasse um Antrag auf Heilverfahren angehen sollten. Je weniger die Krankheit vorgeschritten, desto eher ist der Erfolg auf dauernde Heilung gesichert. Es ist dringend anzuraten, sich nicht mit einem einzigen Verfahren zu begnügen. Nach ein oder zwei Jahren wiederhole man den Antrag. Uebernimmt die Invalidenversicherung das Heilverfahren, so tritt sie in die Rechte und Pflichten der Krankenkasse. Bei Unterbringung des Erkrankten in eine Heilanstalt ist, falls dieser Angehörige hat, den Angehörigen mindestens die Hälfte des Krankengeldes als Unterstützung zu gewähren. Auf Antrag wird jedoch bei vielen Versicherungsanstalten in mehr als der Mindestsatz an Angehörigenunterstützung gezahlt.

Im verlaufenen Jahre 1907 wurden die 31 Versicherungskassen im genannten Zeitraum 163 457 500 Mark an 656 Millionen Beitragsmarken. Bei den Kasseninstitutionen betragen die Einnahmen an Wochenbeiträgen 15 155 588 Mark. Zugewonnen haben sich die Einnahmen beziffert auf 226 171 349 Mark und die Ausgaben auf 140 629 231 Mark, so daß sich ein Vermögenszuwachs von 85 542 018 RM. ergibt. Welch ungeheure Kosten die Verwaltung der Invalidenversicherung verursacht, mag daraus ersehen werden, daß für diese Zwecke 16 900 600 RM. verausgabt wurden.

Das Gesamtvermögen der Versicherungskassen betrug am Ende des Jahres 1907 1 404 067 649 RM., wozu noch ein Buchwert von Inventarien von 5 746 087 Mark kommt.

Ueber die Anlage dieser Riesensumme gibt folgendes Auskunf. Von 1000 RM. Vermögen waren 15 RM. in Kassenbeständen, während 936 RM. in Wertpapieren und Darlehen und 49 RM. in Grundstücken angelegt waren. Bekanntlich werden die Kapitalien der Invalidenversicherung zu billigen Zinssätzen vielfach für Kleinwohnungsziele ausgeben an städtische und private Wohnungsbau-Gesellschaften. Das in Darlehen und Wertpapieren angelegte Kapital verzinst sich durchschnittlich mit 3,55 Prozent.

Aus dieser kurzen Zusammenstellung geht hervor, daß unsere Invalidenversicherung trotz ihrer Mängel eine große soziale Einrichtung genannt werden darf.

**Veranstaltungskalender.**

- Mheubach. 26. Dez., 7 Uhr, im Schäfersaal, Versammlung und Familienabend.
- Schöckel. 27. Dez., 9 1/2 Uhr, Abrechnung der Vertrauensmänner.
- Vogelstein. 27. Dez., 11 Uhr, bei Franz Dierck, Generalversammlung.
- Silken. 27. Dez., 11 Uhr, bei Math. Uemmel, Markt, Generalversammlung.
- Greifath. 27. Dez., 10 1/2 Uhr, bei Witwe Beel, Generalversammlung.
- M. Gladbach-Sicken. 3. Jan., 6 Uhr, bei Otto Schaefer, Marktstraße, Generalversammlung.
- Mhecht. 3. Jan., 6 Uhr, bei Richard Bierhaus, Generalversammlung.
- Schieffbahn. 6. Jan., 11 Uhr, bei Josef Gethausen, öffentliche Versammlung.
- Saals. 3. Jan., 11 1/2 Uhr, bei Arnold Willgen, Generalversammlung.
- Widraht. 27. Dez., 5 Uhr, bei Peter Frenken Familienfest.

**Bilanz**

des Konsum-Vereines „Arbeiterwohl“ e. G. m. B. H. zu Siefenkirchen, vom 1. August 1907 bis 31. Juli 1908.

Aktiva	Passiva
Kassa-Konto . . . 1 880,16	Bilanz-Konto 1 674,68
Bank-Konto . . . 22 629,—	Geldschulden 8 253,48
Rechnung . . . 2 500,—	Reiserechnung . . . 5 553,57
Debitoren . . . 100,—	Unterstützung . . . 845,86
Sparschnecke . . . 5 942,28	Sparanlage . . . 4 462,24
Bank-Konto . . . 787,97	Dispositionsfonds 158,62
Zimmobilien . . . 20 940,—	Sparfonds . . . 4 912,23
	Hausanteil . . . 3 810,—
	Hypotheken . . . 10 000,—
	Kreditoren . . . 6 080,11
	Rabattmarken . . . 2 102,91
	Gewinn u. Verlust 6 927,65
	RM. 54 779,35
	RM. 54 779,35

Gewinn- und Verlust-Rechnung	
Zubehör . . . 383,86	Bank-Konto . . . 20 962,48
Zimmobilien . . . 212,10	
Unkosten . . . 7 358,76	
Kreditoren . . . 6 080,11	
Bilanz . . . 6 927,65	
	RM. 20 962,48

**Mitgliedsbewegung:**  
Bestand am 1. August 1907 . . . 295 Mitgl.  
Am 31. Juli 1908 ausgetreten:  
a) durch Kündigung . . . 8  
b) durch Ausschluß . . . 7  
c) durch Tod . . . 2=17  
Zusammen 23 Mitgl.  
Aufgenommen wurden bis 31. Juli 1908 . . . 273  
Bestand am 1. August 1908 301 Mitgl.  
Zahl der Mitgliedsbeiträge am 31. Juli 1908 . . . 302  
Gesamtsumme . . . Mark 9060,—  
Der Vorstand: Der Kassier: Z. A.:  
(9. - RM.) Kommerzienrat.

**Ortsgruppe M.-Gladbach.**

Sonntag, den 24. Januar 1909 findet die Jahresgeneralversammlung der zentralisierten Ortsgruppe M.-Gladbach statt. Die Zahlstellen werden gebeten, die Wahl der Delegierten zu dieser Versammlung vorzunehmen. Die Namen derselben sind frühzeitig an die Geschäftsstelle Siperhenderstraße 78 bekannt zu geben. Nähere Befanntmachung folgt.  
Der Vorstand:  
Z. A.: Joh. Benken, Geschäftsführer.

**Literarisches.**

Unsere Mitglieder seien wieder auf die Broschüre aufmerksam gemacht, enthaltend kurze Geschichte unseres Verbandes nebst Geschäftsbericht des Zentralvorstandes und Protokoll der Augsburger Generalversammlung. Jedes Mitglied sollte im Besitze dieser äußerst interessanten und lehrreichen Broschüre sein. Der billige Preis (30 Pf.) ermöglicht jedem Mitgliede die Anschaffung. Die Vertrauensmänner, Vorstände und Beamten unseres Verbandes dürfen keine Gelegenheit vorbegehen lassen, das 300 Seiten umfassende Buch zum Kauf zu empfehlen. In den Ortsgruppen sollte vom Vorstande ein Plan ausgearbeitet werden, wie durch einen systematischen Vertrieb das billige und wertvolle Buch jedem Mitgliede zugänglich gemacht wird.